

**„DIE STÄRKUNG DER INSTITUTIONEN
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN:
EINE HERAUSFORDERUNG
FÜR DIE POLITISCHE GESELLSCHAFT UND DIE
BÜRGER“**

**Rosa Díez
Abgeordnete
Europäisches Parlament**

*„Was du bist, bestimmen die Gene,
was aus dir wird, die Politik.“*
Stanislaw J. Lec

Aus dem Satz, den ich gewählt habe, um ihn dieser Konferenz voranzustellen, wird ersichtlich, dass ich die politische Aktion für das geeignetste Instrument zur Veränderung der Gesellschaft und für Versuche halte, uns erfolgreich mit den Problemen und Unvollkommenheiten der Institutionen und des demokratischen Systems auseinanderzusetzen.

Allein schon die Tatsache, dass wir als Parlamentarier und politische Führungspersonlichkeiten Europas und Lateinamerikas das Bedürfnis verspüren, auf einem Forum wie diesem Politik einzufordern, bestätigt, dass all die Aussagen über die mangelhafte Führung durch die Politiker hochaktuell sind. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam über den Umstand nachdenken, dass sich die Bürger vom politischen Parteiensystem und dessen Mitgliedern abwenden und dunkle Wolken über dem hehren Handeln der Politik aufgezogen sind. Außerdem möchte ich Überlegungen zu dem anstellen, worin ich die Hauptursachen für diese bereits seit längerer Zeit anhaltende düstere politische Großwetterlage sehe. Allerdings möchte ich Sie vorwarnen, dass ich eine positive Grundeinstellung habe und daher hoffe, dass wir im Anschluss an die von mir vorgetragene tief greifende Selbstkritik am Ende dieser Debatte

wieder mehr Licht als Schatten sehen und gemeinsam einen Hoffnungshorizont aufgetan haben werden.

Ich bin auch eine praktische Person. Ich möchte sagen, dass mir als einer in der Franco-Zeit geborenen (ich bin 53 Jahre alt) der Linken zugeneigten Frau gar nichts anderes übrig blieb, als praktisch und optimistisch zu sein. Die erste Hälfte meines Lebens musste ich wegen des Franco-Regimes in Unfreiheit verbringen, und in der zweiten Hälfte erlebe ich nun, wie die Freiheit im Baskenland gegen eine terroristische Organisation, die ETA, verteidigt wird, die zu Zeiten der Demokratie das Leben von tausend Menschen auf ihr Gewissen geladen hat. Ich leide unter den Auswirkungen einer nationalistischen Regierung, die mehr Zeit damit verbringt, sich an die Macht zu klammern, als die Freiheit und Sicherheit tausender baskischer Bürger zu verteidigen, die von Terroristen verfolgt und bedroht werden, weil sie sich nicht deren totalitären Ansprüchen unterwerfen wollen.

Aber dennoch, oder vielleicht gerade deswegen, mache ich weiter Politik. Nicht nur und nicht hauptsächlich aus Berufung, sondern weil ich aus der Erfahrung gelernt habe, dass sich auf der Welt nur über die Politik Dinge verändern lassen, die der Entwicklung und Würde des Menschen ausgesprochen abträglich sind.

In kritischen Situationen für die demokratischen Institutionen und für die Politik gibt es zumindest zwei Antworten. Die eine wäre, sich einzurichten, nur auf den größtmöglichen persönlichen Vorteil zu achten und zu hoffen, dass die schlimmen Dinge schon irgendwie an einem selbst vorbeigehen und die anderen treffen werden. Oder aber man wählt die politische Aktion als Mittel zu Veränderungen und setzt sich dafür ein, dass in den Institutionen Änderungen herbeigeführt werden, mit denen die Mindestvoraussetzungen dafür geschaffen werden, dass die von den Entscheidungen der Politiker betroffene Bevölkerungsmehrheit diese Maßnahmen auch positiv aufnehmen kann, anstatt ihnen ausweichen oder unter ihnen zu leiden müssen.

Wir Menschen können die Naturgesetze nicht ändern, wohl aber die gesetzlichen Vorschriften, nach denen wir unsere Institutionen organisieren und unser System des Zusammenlebens regeln. Was vom Menschen gemacht wurde, kann durch den Menschen verändert werden. Die Alternative besteht darin, sich anzupassen oder aktiv zu werden; das sind zwei politische Optionen. Gestatten Sie mir, einen Ausdruck zu verwenden, den ich hier ohne jede ideologische Färbung benutzen möchte: Die erste Option wäre eine konservative, eine Option, die auf die Festigung des Bestehenden hinausläuft. Die zweite Option zu wählen heißt – ohne unsere Fähigkeit, Bestehendes von Grund auf zu verändern, überschätzen zu wollen –, die sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten in unserer Welt nicht hinzunehmen, als seien sie von Natur gegeben. Wir vertrauen also darauf, dass Politikgestaltung dazu beitragen kann, die Bedeutung dessen, was in unserem Leben und in unserer persönlichen Entwicklung durch Gene, Tradition, Rasse, Geschlecht oder soziales Umfeld vorwegbestimmt ist, zu vermindern.

In seinem Buch *El valor de elegir (Der Wert des Wählens)* schreibt der Philosoph Fernando Savater, Politik zu machen sei, „...sich in der Frage der gesellschaftlichen Institutionen für einen möglichst breiten Konsens zu entscheiden und anzuerkennen, dass wir in zwei Welten leben: in der der Naturerfordernisse und in der der politischen Freiheit. In der ersten Welt sind wir nichts als Gegenstand von Gesetzen, doch in der zweiten können wir uns davon befreien und zum Subjekt der Rechtsetzung werden“.

Ich glaube zutiefst an diese Aussage. Aus der Sicht einer praktisch veranlagten Frau empfehle ich daher die politische Aktion. Die Politik ist das nützlichste Instrument der Demokratie, das einzige, das sich wirklich vor die Bürger zu stellen vermag. Sie ist das Instrument, das im Namen der Demokratie gegenüber den Mächten vermittelt, die die Welt fast ohne jedwede demokratische Kontrolle verwalten. Deshalb fordere ich Politik ein - nicht nur aus ethischen oder moralischen Gesichtspunkten heraus, sondern auch mit

Blick auf den Nutzen, wenn Sie mir die Verwendung dieses politisch nicht korrekten Ausdrucks nachsehen.

Der Bedarf an Politik wird in dem Maße umso deutlicher sichtbar, wie die Welt komplexer geworden ist. Ich weiß, dass der Bürger dies nicht so sieht, doch kann es als mehr als erwiesen gelten, dass bei fortschreitender Globalisierung der Entscheidungen die Notwendigkeit immer größer wird, die demokratischen Instrumente zur Verteidigung der individuellen Rechte und der kollektiven Interessen zu bestärken.

Nach meiner Ansicht kann nicht POLITIK in Großbuchstaben eingefordert werden, wenn nicht gleichzeitig eine Forderung an die Politiker und an die Rolle der politischen Parteien aufgemacht wird. Schließlich sind es die Parteien, die – hier wie auf der anderen Seite des Ozeans – die Wahllisten aufstellen und die Kandidaten festlegen. Es sind die Politiker – Männer und Frauen in den Parlamenten und Regierungen –, die Entscheidungen für die ganze Gesellschaft treffen.

Hannah Arendt, die deutsche Denkerin des beginnenden 20. Jahrhunderts, eine große kritische Verfechterin der Politik, hat gesagt, das Entscheidende am Menschen sei seine Fähigkeit, Wunder zu vollbringen, Unwahrscheinliches und Unerreichbares in Angriff zu nehmen. Das werde in der Alltagssprache Handeln genannt. Handeln steht für Arendt als Synonym für Freiheit, und sie argumentiert, das Individuum in seiner Isoliertheit sei niemals frei, es werde jedoch frei, sobald es sich in das Substrat der Polis begeben und dort handle. Besser könnte man das Verhältnis zwischen Politik und Freiheit, zwischen Politik und Demokratie wohl kaum ausdrücken.

Ich weiß, dass es derzeit nicht sehr populär ist, die Einforderung von Politik zu propagieren, noch nicht einmal unter Politikern wie uns, die wir hier zusammengekommen sind. Bestimmt haben Sie genau wie ich Kollegen, die unaufhörlich um Verzeihung zu bitten scheinen, weil sie sich der Politik

verschrieben haben. Wenn jemand sie fragt, was sie sind, antworten sie etwa: „Nun ja, ich bin Krankenschwester, Architekt, Rechtsanwältin, Arzt oder Elektriker..., aber zur Zeit bin ich im Parlament oder in der und der Stadtverwaltung.“ Sie meinen, und zwar nicht ohne Grund, dass Politik kein Ansehen verleiht. Beunruhigend ist, dass sie anscheinend nicht bereit sind, etwas zu unternehmen, um gegen die Ursachen dieser Situation vorzugehen.

Ich weiß, dass man Erfahrungen nicht verallgemeinern darf und Rezepte schon gar nicht. In der Politik tätig zu sein, hat für Spanier meiner Generation, wie ich meine, einen gewissen epischen Beigeschmack – ungefähr wie bei Menschen, die die Erfahrung gemacht haben, in einer Demokratie auf die Welt gekommen zu sein bzw. immer in einem Land gelebt zu haben, in denen das Wort „Politik“ auf Anhub mit Haltungen, Handlungen oder Privilegien assoziiert wird, die unter ethischen, moralischen oder auch nur demokratischen Gesichtspunkten wenig erbaulich erscheinen. Als ich als Jugendliche anfang, mich für die Welt um mich herum zu interessieren, bedeutete Politik zu machen für mich, stark vereinfacht ausgedrückt, in Demokratie zu leben. Politik zu machen hieß, ohne Angst Ideen zu diskutieren, Meinungen zu vergleichen und außerhalb der eigenen vier Wände mit derselben Unbekümmertheit über die Dinge zu sprechen, die uns Sorgen bereiteten und über die meine älteren Brüder und ich große Diskussionen mit unserem Vater führten. Politik zu machen hieß, wählen zu können, unsere Vertreter wählen zu können genau wie in anderen demokratischen Ländern der Welt. Politik zu machen und in Demokratie leben zu können, war für mich immer gleichbedeutend.

Mein Vater war ein Sozialist im klassischen Sinne, einer von denen, die die rechtmäßige Spanische Republik verteidigt und den Krieg verloren hatten. Er brachte uns bei, Recht und Gesetz zu achten. Er lehrte uns, uns zu erinnern und in die Zukunft zu schauen. Und uns dafür einzusetzen, dass weder wir noch unsere Kinder jemals in eine Lage geraten, wie er sie erleben musste. Er hätte den Krieg nicht gewinnen wollen, wenn seine Auswirkungen in die

Vergangenheit gerichtet gewesen wären. Daher lehrte er uns den Wert der Demokratie und den Wert der Politik. Er lehrte uns, wie wichtig es ist, wählen zu können, und den Stolz, der daraus erwächst, gewählt zu werden und zu seinen Verpflichtungen und zum gegebenen Wort zu stehen. Und die Verantwortung, die beide Entscheidungen nach sich ziehen. Deshalb bin ich nach wie vor stolz darauf, in der Politik tätig zu sein, die Bürger zu vertreten, ihre Mittlerin sein zu können.

Doch diese meine Begeisterung, diese Berufung für die Politik hindert mich nicht zu erkennen, dass die Bürger sich von der Politik und von den Politikern abwenden. Ich sehe auch die Gefahren, die hieraus für das politische System erwachsen, wenn wir nicht in der Lage sind zu reagieren. Deshalb will ich zu Ihnen auch über die Dinge sprechen, die wir Politiker falsch gemacht haben und die eine gewisse Erklärung für die Entfremdung der Bürger liefern. Verzeihen Sie mir, wenn ich darüber hinaus eine parteiliche Verpflichtung einfordere. Ich weiß, dass es möglich ist, sich politisch festzulegen, ohne irgendeiner politischen Partei anzugehören. Ich kenne aus der Praxis viele Personen, nicht wenige davon aus meinem engsten Freundeskreis, die sich aktiv in Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungshilfe einsetzen, in Friedens-, Umwelt- und Frauenvereinigungen mitarbeiten, engagierte Artikel schreiben, in der Antiglobalisierungsbewegung mitarbeiten, gegen Krieg, gegen Todesstrafe und gegen Straffreiheit für Völkermörder und Kriegsverbrecher eintreten. All diese Aktivitäten halte ich ebenfalls für außerordentlich achtbare Beispiele politischen Handelns.

Doch gerade aus Hochachtung vor diesem persönlichen Engagement und diesen Lebensentscheidungen möchte ich die Bedeutung der politischen Parteien und die Notwendigkeit, ihre Strukturen an die neue Gesellschaft anzupassen und sie in wirklich nützliche Instrumente zu verwandeln, verteidigen. Wenn wir an die Notwendigkeit von Politik glauben und um die entscheidende Rolle der politischen Parteien bei Wahlen und bei der Ermittlung der Personen wissen, die die demokratischen Institutionen bilden und

anführen sollen, dann wird der Vorschlag meines Kollegen, die Institutionen zu verändern, auch und zuallererst erfordern, die politischen Parteien selbst zu erneuern.

1. Die politischen Parteien verändern

Ich gehe davon aus, dass wir starke politische Parteien brauchen, um starke politische Institutionen bilden zu können. Und ich gehe auch davon aus, dass die Diagnose, die ich stellen werde, ungeachtet der strukturellen, historischen bzw. kulturellen Differenzen zwischen den politischen Parteien unterschiedlichster Couleur in Europa und Lateinamerika auf alle weitgehend zutreffen wird. Mit entsprechenden Anpassungen könnten sich fast alle darin wiederfinden. Ich denke, im Verlauf dieser Konferenz ist deutlich geworden, dass unbedingt auf einen tief greifenden Wandel in der Handlungsweise der politischen Parteien hingearbeitet werden muss. Die Parteien sind nach wie vor in alten Strukturen verwurzelt, deren Ziel die Lösung von Problemen der Gesellschaft des vergangenen Jahrhunderts war. In Anbetracht der Herausforderungen der modernen Gesellschaft und des Zeitalters der Globalisierung haben sich diese Strukturen jedoch als recht unzulänglich, ja mitunter als ganz unbrauchbar erwiesen, denn in den letzten 20 Jahren haben sich in der Welt wirklich tief greifende strukturelle und soziale Wandlungen vollzogen.

Die politischen Parteien sind heute nicht mehr die einzigen die Gesellschaft strukturierenden Instrumente neben den Gewerkschaften, auch wenn sie nach wie vor für die Strukturierung der politischen Institutionen unverzichtbar sind. Heute koexistieren sie mit Organisationen unterschiedlichster Ausrichtung und Größe, von denen einige nicht nur auf einem bestimmten Sektor agieren, sondern gesamtgesellschaftliche Interessen vertreten. Dies trifft beispielsweise auf die Umwelt- und Frauenbewegungen zu.

Diese Pluralität an repräsentativen Gesellschaftsstrukturen entspricht den Veränderungen, die in unserer Gesellschaft stattgefunden haben: Mobilität, Zugang zu Informationen, neue Technologien, Einbeziehung der Frauen in das Erwerbsleben, nachhaltige Veränderungen in der Geburtenrate und in der Lebenserwartung, Einwanderung... Parallel dazu und im Ergebnis all dieser Erscheinungen tauchen neue Besorgnisse auf, gilt es neue Werte zu verteidigen: nachhaltige Entwicklung, Gleichbehandlung der Geschlechter, Zugang zu Bildung, Umweltschutz, Solidarität, Schutz der Kindheit, gleiche Bürgerrechte unabhängig von sexueller Ausrichtung oder Religionszugehörigkeit, Schutz von Minderheiten, ihrer Sprache und Kultur usw.. Die Bürger von heute sind immer besser ausgebildet und stellen immer höhere Anforderungen. Die Bürger dieses Jahrhunderts sehen die Demokratie kritischer, und noch kritischer stehen sie zu den politischen Parteien, auch wenn sie nichtsdestotrotz der Auffassung sind, dass diese das Herzstück des demokratischen Systems bilden. Oder vielleicht gerade deshalb.

Angesichts dieser neuen Wirklichkeit – einer komplexeren Gesellschaft, die ganz anders organisiert ist als noch vor knapp 20 Jahren – stecken die politischen Parteien in einer Krise und bekommen zunehmend die Konsequenzen der Tatsache zu spüren, dass sie sich nicht bewegt haben, als alles um sie herum sich veränderte. Sie sind nicht mehr die einzigen Partizipationsinstrumente der Bürger und stellen fest, dass sie bei diesen noch nicht einmal die beliebtesten sind. Heutzutage fordern die Bürger ihnen stärker zugewandte, offenere und transparentere politische Parteien. Eine der Hauptursachen für die entstandene und von uns untersuchte Abneigung ist das Ausbleiben einer positiven Antwort ihrerseits.

Das Schlimme ist, dass diese Abneigung zwischen Bürgern und politischen Parteien nachteilige Auswirkungen auf das demokratische System hat, denn sie geht einher mit einem Abrücken der Bürger von den politischen Institutionen und von der Politik generell. Das geht bis hin zu der Vorstellung –

die ich nicht für richtig halte –, dass sich die Institutionen weder mit den Problemen der Menschen beschäftigen noch sich um diese bemühen.

Dieses Gefühl, dass die Institutionen abgekapselt, weit entfernt und relativ nutzlos sind, wird weitgehend durch das Empfinden der Menschen genährt, die Entscheidungen der Parteien, die die Wahllisten aufstellen und über diese die Personen unterstützen, die öffentliche Ämter übernehmen, würden aus reinem internen Machtkalkül getroffen. Den politischen Parteien wird häufig mangelnde innere Demokratie, Unterordnung der gewählten Funktionsträger unter die hauptamtlichen Funktionäre und die Entfremdung des Parteiapparats von den Wählern vorgeworfen. Manchmal werden die Politiker mehr als Führer gesehen, die um Regierungs- oder Parlamentsposten konkurrieren, denn als organisierter Zusammenschluss im Dienste der Bürger. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, könnte man zu der abwegigen und drastischen Schlussfolgerung gelangen, Demokratie und Wahlen dienen in erster Linie der Erneuerung des persönlichen Führungsanspruchs bestimmter Personen an der Spitze einer Partei oder Institution bzw. dem Zugang zu diesen, anstelle im Dienste gesellschaftlicher Veränderung zu stehen. Das ist jedoch das wirkliche Anliegen politischen Handelns.

Die Parteien und wir als Politiker sind dafür verantwortlich, dass diese Meinung entstehen konnte. Natürlich sind auch diejenigen dafür verantwortlich, die die Politik und die repräsentative Demokratie schmähen, weil sie seit jeher an den Fäden der Macht gezogen haben, ohne der Demokratie zu bedürfen. Doch als verantwortliche Politiker sollten wir uns um das kümmern, was wir tun können. Ein Problem besteht darin, dass es Politiker gibt, die „Politikprofis“ sind anstelle von professionell auftretenden Politikern und für die ihre politische Karriere mehr ein Job als eine Berufung ist, und zwar mit dem einzigen Ziel, in der Politik zu verbleiben. Das geht soweit, dass manchmal schlechte Wahlergebnisse, die in jedem Unternehmen zum Rücktritt des Verantwortlichen führen würden, klein geredet werden, um innere Stabilität zu gewinnen. Eine Stabilität, die durch gegenseitige

Absprachen dauerhaft festgeschrieben werden soll und manchmal fast erstrebenswerter erscheint als ein Sieg. Sicherlich wird Ihnen allen hierzu mehr als nur ein Beispiel einfallen. Eine derartige „Kartellbildung“ oder Verstaatlichung der Parteien würde ihnen letztlich die Fähigkeit nehmen, als lebendiger Kanal zur Kommunikation mit der Zivilgesellschaft aufzutreten.

In Ländern wie dem meinem, in denen die Politik zunehmend negativ aufgenommen wurde, was zweifellos ein Erbe der Jahre der Diktatur ist, wurde eine Zeit lang das Bild der Parteien als geschlossene Organisationen hingenommen. Das war so, solange sie als unverzichtbare Instrumente für Reformen und für politische Stabilität angesehen wurden. In Lateinamerika ließen sich viele Beispiele derartiger Entwicklungen aufzeigen. Heute jedoch halten die Bürger innerhalb der Parteien in dem Maße, wie sich die Demokratie gefestigt hat bzw. der Wille zu deren Verteidigung mobilisiert werden muss, Transparenz und Partizipationskanäle für unerlässlich. Daher glaube ich, dass dringend eine Antwort gefunden werden muss auf dieses spezielle demokratische Unbehagen, das den Parteien gilt und in den öffentlichen Institutionen ein Echo findet.

In Anbetracht einer Situation, die auch von den politischen Parteien als kritisch eingeschätzt wird, besteht, wie wir bereits gesehen haben, eine Form der Reaktion darin, sich abzuschotten gegen die Kompetenz, die den herkömmlichen politischen Parteien in diesen anderen, von uns bereits erwähnten Formen der Politikgestaltung und kollektiven Interessenvertretung entgegentritt. Ein großer Fehler! Wenn sich die herkömmlichen Parteien abschotten, wird die Antwort der Bürger noch mehr Verdrossenheit, noch mehr Enthaltung sein. Oder es kommt noch schlimmer und es entwickelt sich, wie wir bereits feststellen können, eine Dynamik von Anti-System-Parteien. An Beispielen dafür fehlt es weder in Europa noch in Lateinamerika.

Wenn die politischen Parteien reformiert werden müssen, dann deshalb, weil die Politik reformbedürftig ist. Die Politik aber muss einer Reform unterzogen

werden, um sie näher an die Bürger heranzuführen. Dann darf die Antwort der politischen Parteien nur in einer Öffnung ihrer Strukturen bestehen, in der Bereitschaft, den Wandel zu gestalten, anstatt sich ihm entgegenzustemmen oder sich von ihm mitschleifen zu lassen. Es gilt das Risiko einzugehen. Diese Öffnung ist ein Risiko, das eingegangen werden muss. Als politische Parteien sind wir aufgerufen, uns selbst zu erneuern, wenn wir – wofür ich eintrete – die Politik den Bürgern näherbringen wollen. Es ist richtig, dass sich tief greifende Veränderungen vollziehen, die in den Parteien kurzfristig interne Stabilitätsprobleme hervorrufen können. Aber kann man denn beispielsweise ein interessantes Angebot machen, um die Anzahl der Parteibeiträge zu erhöhen, ohne zumindest allen Mitgliedern die gleichen Rechte einzuräumen, die sie als Bürger bei der Wahl und beim Vorschlagen von Kandidaten für hauptamtliche Funktionen oder politische Ämter haben? Wir müssen die Basis und die gesellschaftliche Partizipation der Parteien und mithin ihre reale Fähigkeit zu sozialer Verankerung erweitern. Das wird allerdings nicht möglich sein, wenn wir Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern nicht mehr Möglichkeiten bieten, das innere Geschehen der Organisation zu beeinflussen und daran teilzuhaben. Manch einer vertritt die Ansicht, es sei ein Risiko, den Parteien ein Glasdach aufzusetzen. Dabei handelt es sich aber um ein kalkuliertes Risiko, denn Transparenz und Partizipation sind notwendige Voraussetzungen, wenn wir das Ansehen der Parteien zurückgewinnen und auf dieser Grundlage zur Stärkung der Institutionen beitragen wollen. Wenn sich die Parteien zugrunde richten, begeht die Gesellschaft auf und geht über uns hinweg. Das aber wäre schlecht für die Demokratie.

Die Zeiten ändern sich, wie *Bob Dylan* in seinem wunderbaren rebellischen Lied gesungen hat - aber die Zeiten ändern sich deshalb, weil wir Menschen uns ändern. *Indira Gandhi* erinnerte in ihrer Biografie daran, dass die Berater ihres Vaters *Nehru*, als sie zur Welt gekommen war, diesem den Rat gaben, *sofort noch einen Sohn zu bekommen und diesen zu seinem Erben zu ernennen*. *Nehru* antwortete darauf, in der Welt werde sich nichts verändern, wenn wir selbst nicht zu Veränderungen fähig seien. So pflegte *Indira* zu sagen, dass sie

selbst lebendiger Ausdruck seines Eintretens für Veränderungen sei. Nun, genau dafür trete ich ein: Wir müssen auf Veränderung setzen, die Struktur der Parteien verändern, unsere Mentalität verändern, uns an die neue Gesellschaft anpassen. Ich bin zutiefst überzeugt, dass wir nur mit starken politischen Parteien starke politische Institutionen aufbauen können, die in der Lage sind, Antworten auf die neuen Herausforderungen zu geben und sich den Auswirkungen der neuen Tragödien in der Welt, deren Zeugen wir sind, zu stellen und sie abzumildern.

2. Die Politik verändern

Das Gefühl der Politikverdrossenheit hat auch zu tun mit einer gewissen Unfähigkeit der Politiker, nicht nur zu erklären, was geschieht, sondern auch und vor allem, WARUM es geschieht. Deshalb möchte ich in diesem zweiten Teil einige Überlegungen zur Notwendigkeit von Veränderungen in unserem Diskurs und in der Art, wie wir unsere Kompromisse vermitteln, vortragen – Veränderungen, die dazu beitragen sollen, dass die demokratischen Institutionen und die politischen Parteien wieder als nützlich für die Gesellschaft angesehen werden, Veränderungen, die die Probleme und Sorgen der Menschen auf unsere Tagesordnung setzen.

Vor einigen Jahren hörte ich *Simón Peres* in Paris auf einer Tagung der Sozialistischen Internationale sagen, das Gute an der heutigen Medienwelt bestehe darin, dass das Fernsehen Kriege und Diktaturen unmöglich mache. Auch wenn diese Behauptung leider differenziert werden muss, trifft doch zu, dass die neuen Kommunikationstechniken es mit sich gebracht haben, dass Millionen Bürger tagtäglich voller Schrecken und quasi in Echtzeit Bilder sehen, die uns die systematische Verletzung von Menschenrechten vor Augen führen, die Folterung von Gefangenen, die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern... Millionen Bürger lehnen sich auf in Anbetracht der Ohnmacht der Welt gegenüber Naturkatastrophen und gegenüber der Massenabwanderung Hunderttausender Bürger, die ihre Länder aus Mangel an

Wasser oder Nahrungsmitteln (20 Millionen nach einer jüngsten Untersuchung der UNO) verlassen. Millionen Bürger zeigen uns Tag für Tag, dass sie sehr wohl in der Lage sind, sich für die Gleichstellung der Geschlechter, für Proteste gegen ungerechte und rechtswidrige Kriege und zur Verteidigung der Freiheit zu engagieren.

Das dramatische Geschehen, das derzeit in der Welt vor sich geht, wird uns über Fernsehkanäle direkt vor Augen geführt. Doch beklagen sich all die Bürger, die auf solche Tragödien oder Ungerechtigkeiten reagieren, in der Regel darüber, dass sie von den Behörden keine zufrieden stellenden, dauerhafte Antworten erhalten. Sie fragen uns, was wir dagegen unternehmen, dass in der Welt 1,5 Milliarden Menschen von einem Dollar pro Tag leben müssen bzw. drei Milliarden gerade einmal drei Dollar zur Verfügung haben. Sie fragen uns, was wir dagegen unternehmen, dass in der Welt weiterhin mehr als 300 Millionen Kinder verschiedenen Formen von Ausbeutung ausgesetzt sind. Sie fragen uns, was wir gegen die Geißel AIDS unternehmen, durch die in Afrika tagtäglich zehn Menschen infiziert werden. Was für eine politische Antwort erhalten sie, wenn sie sehen, dass zu einer Zeit, in der wirtschaftliche, Handels-, Finanzdienstleistungs- und andere Grenzen fallen, Mauern errichtet werden, um die Freizügigkeit von Menschen zu verhindern, um diese zu zwingen, im eigenen Land zu bleiben, auch wenn sie dort an Hunger, Durst oder Krankheiten sterben?

Die Bürger vermissen ein inhaltsreicheres Handeln einen inhaltsreicheren Diskurs von politischer Seite in Anbetracht all dieser sozial alarmierenden Erscheinungen. Manchmal sagen sie uns, sie hätten den Eindruck, dass ihnen nur nicht als politisch geltende Organisationen, nämlich NRO, zur Hilfe kommen. Doch Sie werden mir sicher beipflichten, wenn ich sage, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesen Problemen, dass die Suche nach Lösungen eine Strategie erfordert, die die Grenzen des Nationalen und Branchengrenzen sprengt. Sie erfordert eine Abstimmung von politischem Handeln und politischer Strategie.

Weder alle Nichtregierungsorganisationen der Welt noch einzelne Länder, so bedeutend sie auch sein mögen, werden den Hungerepidemien in Afrika, der drohenden Versteppung unseres Planeten oder dem immer größer werdenden Ungleichgewicht zwischen den Ländern der Ersten und der Dritten Welt erfolgreich entgegentreten können. Oder dem Terrorismus und der Menschenhändler-Mafia. Nur wenn die Regierungen der Welt sich in einer abgestimmten Strategie dazu entschließen könnten, in die allgemeine und berufliche Bildung und in neue Technologien in den Ländern der Dritten Welt zu investieren, würde uns das vor der Tragödie dieser immer tiefer werdenden Kluft retten, welche die entwickelten Länder von den Ländern trennt, die sich, wie ein Freund aus Haiti sagte, auf dem „Weg der Unterentwicklung“ befinden.

Ich weiß, dass diese meine Überlegungen nicht besonders originell sind, doch soll dieser kurze Überblick über die derzeitige Lage deutlich machen, dass wir nur mit politisch engagierteren Institutionen als den derzeitigen, nur unter Zugrundelegung eines politischen Konsenses der so genannten zivilisierten Welt Entscheidungen treffen können, die die Menschheit vor derartigen Katastrophen retten oder zumindest Wunden heilen, wenn ersteres unmöglich sein sollte. Den NRO kommt eine wichtige Rolle zu, denn sie reagieren nicht nur auf das Vorgehen der öffentlichen Verwaltungen, sondern stehen diesen zugleich als Avantgarde und Ansporn gegenüber. Doch sie und wir wissen genau, dass sich eine Blutung nicht mit einem Pflaster stillen lässt. Daher muss ich auf einem bestehen: Wenn die Politik nicht nur über die Lösung von Problemen entscheiden, sondern zugleich ihr Ansehen und ihren Rückhalt bei der Bevölkerung zurückgewinnen möchte, müssen wir auf unsere Tagesordnung die Verpflichtung setzen, all diesen Fragen entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken.

Doch kehren wir zu der Frage zurück, die zu Beginn dieser Konferenz formuliert wurde: zur Notwendigkeit, unsere Institutionen zu stärken und zu erneuern. Ist es doch das Fehlen starker Institutionen, durch das sich bei so

vielen offenen Konflikten in der Welt kaum irgendwo eine Lösung absehen lässt. Der Nahe Osten, der Drogenanbau als einzige wirtschaftliche Alternative in einigen Ländern ganz in unserer Nähe, die Flüchtlingslager, in denen, wie etwa in der Sahara, bereits mehrere Generationen zur Welt gekommen sind, die Aufrechterhaltung der Todesstrafe in vielen Ländern der Welt, von denen eines als unser politischer und wirtschaftlicher Verbündeter zählt, die systematischen Verstöße gegen Menschenrechte und Verfolgungen aus Gründen der Rasse, des Geschlechts oder der Religion sind nur einige der aufsehenerregendsten Beispiele unseres Scheiterns.

Deshalb sage ich, dass wir das Engagement der dynamischsten Bereiche unserer Gesellschaft wecken müssen, dass wir eine neue politische Agenda entwerfen müssen, die auf der Höhe der neuen Agenda der Bürger ist. Wir brauchen dieses Engagement, um einer Stärkung unserer demokratischen Institutionen näherzukommen. Ohne ein solches Engagement wird das nicht möglich sein.

Damit das jedoch eintritt, müssen wir auch den Stolz auf die Politik zurückgewinnen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Bürger uns wieder Vertrauen schenken und dieses Vertrauen uns Stärke gibt. Ich weiß, dass viele der Jugendlichen, die sich bei Politikerreden langweilen und die den Sinn von Politik nicht einsehen, viel stärker einbezogen werden können. Ich glaube, dass sich die Dinge zum Besseren ändern würden, wenn wir in der Lage wären, ihnen zu erklären, dass wir uns nur dann Achtung verschaffen und von anderen Großmächten wie den USA, China oder Indien fordern können, dass sie diese die Menschenrechte achten, ihre Schulden bei der UNO begleichen oder die Todesstrafe aussetzen bzw. ganz abschaffen, wenn Europa noch stärkere und repräsentativere gemeinsame Institutionen hat, wenn es eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgt und eine eigene Stimme hat, die uns in der ganzen Welt vertritt. Ich glaube, dass wir großen Zuwachs bekommen würden, wenn wir in der Lage wären zu erklären, dass Lateinamerika nur dann, wenn sich als politischer Block konstituiert, auf

internationale Unterstützung bei der Bewältigung der gravierenden Probleme zählen könnte, vor denen dieser geografische Raum steht.

Natürlich müssen wir in der Lage sein, eine anspruchsvolle und glaubwürdige Botschaft auszusenden. Die Bürger müssen erfahren, dass wir uns nicht damit abfinden, in einer immer ungerechteren Welt zu leben, dass wir Lösungen für möglich halten und nicht gewillt sind, unser Gewissen damit zu beruhigen, den Entwicklungshilfeorganisationen 0,7 % unserer Etats zur Verfügung zu stellen. Dass wir für die verbleibenden 99,3 % anspruchsvolle, übergreifende Projekte haben, die kühn, aber kohärent und machbar sind.

Einige Zahlenangaben, die ich im Laufe dieser Konferenz zu den Katastrophen und dramatischen Geschehnissen in unserer Welt genannt habe, erfüllen uns nicht nur mit moralischem Abscheu, sondern beschwören gleichzeitig Gefahren für unsere Sicherheit und den Weltfrieden herauf. Es wäre ein Fehler, wenn wir auf den Protagonismus der Politik verzichten würden in der Hoffnung, dass Katastrophen an uns vorübergehen, ohne uns zu streifen. Es gibt weder Grenzen noch Schirme, die uns vor weltweiten Gefahren schützen können. Die Terroranschläge mit ihrer Grausamkeit und ihrer bereits unter Beweis gestellten Fähigkeit, in jedem Land und auf jedem Breitengrad zuzuschlagen, sind beredte Beispiele dafür.

Doch dürfen wir nicht verzweifeln. Die Geschichte ist angefüllt mit Beispielen dafür, dass viele Veränderungen, die die Menschheit erlebt hat, nur dadurch zustande kamen, dass kein anderes Mittel blieb, als sie in Angriff zu nehmen. Abgesehen von meinem Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, den Lauf der Dinge zu verändern, lässt mich diese Tatsache mit Optimismus in die Zukunft blicken. Wissen doch unter diesen Umständen selbst die Widerstrebendsten, die „Konservativsten“ unter uns, dass wir uns einer Herausforderung zu stellen haben, die keinen Aufschub duldet. Ich ende damit, womit ich begonnen habe. Die Welt braucht Politik. Doch müssen wir Politiker unseren Diskurs erneuern, unsere Verpflichtungen erweitern und unsere Prioritäten ändern, wenn wir

auch die Bürger in die Pflicht nehmen wollen. Ohne ihre Einbeziehung, ohne ihre Unterstützung können wir nichts ausrichten.

Ich scheue nicht vor dem Eingeständnis zurück, dass ich bei diesen Ausführungen ein politisches Interesse verfolge, das sich mit meinem demokratischen Engagement vereinbaren lässt. Wie ich Ihnen bereits sagte, setze ich auf das politische Handeln als Option und aus der Notwendigkeit heraus. Ich verabscheue das unbeteiligte Zuschauen derer, die es gewöhnlich nicht wagen, etwas zu unternehmen. Gern erinnere ich in diesem Zusammenhang an einen Ausspruch von *Ramón Rubial*, der bis zu seinem Tod Vorsitzender der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei war. Von einem Journalisten nach dem angeblichen Verlust linker Identifikationsmerkmale befragt, die nach seiner Ansicht die PSOE ausgezeichnet hatten, entgegnete er: *„Die einzige Revolution, die in der Demokratie hilfreich ist, ist die, die sich im Amtsblatt veröffentlichen lässt.“* Wenn man im spanischen Amtsblatt BOE etwas veröffentlichen will, muss man natürlich zuvor die Wahlen gewinnen. Und dazu benötigen wir die Unterstützung und die Stimmen der Bürger.

Gestatten Sie mir abschließend noch ein Zitat aus dem bereits erwähnten Buch des Philosophen Fernando Savater: *„Wenn wir heute mit einem einzigen Wort das politische Vorhaben zu umreißen hätten, dem unsere vorrangigen Bemühungen gelten müssen, so würde ich mich für die Staatsbürgerschaft entscheiden. Also für die partizipative gesellschaftliche Integration auf der Grundlage gleicher Rechte anstatt der Zugehörigkeit zu besonderen Gruppierungen, die durch Blutsbande, kulturelle Traditionen, wirtschaftlichen Status oder Erbhierarchie bestimmt werden. Wenn etwas zu globalisieren wäre, dann vor allem die praktische Anerkennung des Menschlichen durch das Menschliche. Die Entscheidung für die Politik ist ein persönlicher Schritt, den jeder aus seiner vermeintlichen Kleinheit heraus gehen kann, jeder, der nicht darauf verzichtet, Weggefährten und Helfer zu suchen, um in Anbetracht der vorgeblich unüberwindlichen Schwierigkeiten das Bestmögliche zu erreichen.“*